

Riesner und Anzeiger (Wochenblatt und Anzeiger)

Verlagsanstalt
Tagesblatt Riesner
General Nr. 20
Postfach Nr. 22

Das Riesner Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptpostamts Meißen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1324
Stroßacker
Riesner Nr. 22

Nr. 108.

Dienstag, 10. Mai 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder für die Nummer des Ausgabejahres nach die 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Verschicken an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den Abnehmer 100 Gold-Pfennige; zahlungsbereit und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Konten. Abnehmer, die den Preis nicht zahlen, werden als Nichtabnehmer angesehen. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Zeitungsbestellung rechtzeitig zu erneuern. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Zeitungsbestellung rechtzeitig zu erneuern. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Zeitungsbestellung rechtzeitig zu erneuern.

Die Ausbreitung des Deutschtums.

Jedes Volk betrachtet es als nationale Aufgabe, seinen Ruhm und Einfluß auf der Erde möglichst auszubringen und alles, was seine Sprache spricht, auch politisch zusammenzuhalten. Aber das Ziel ist reiflos für kein einzelnes Volk zu verwirklichen, und mit der Weiterentwicklung des modernen Verkehrs wird auch die fortschreitende Vermischung der Völker und Sprachen zur Notwendigkeit. Mindestens an den Grenzen treten solche Vermischungen ein. Aber auch ganze Völker, wie die Vereinigten Staaten oder die Schweiz, sind auf einem bunten Gemisch der Sprachen und Kulturen begründet. Und wenn man an die Erfahrungen des Weltkrieges denkt, wird man wohl nicht behaupten können, daß diese Staaten schlechter zusammenhängen oder politisch schwächer zu führen wären. Man kann also heute die Interessen von Staat und Volkstum nicht mehr ohne weiteres identifizieren. Gewiß wird ein Volkstum und eine nationale Kultur immer gefährdet sein, wenn nicht irgendein Kern aus staatlich organisiertem und zusammengehaltenem wird. Aber alle Völker eines Volkes, wo auch immer auf der Erde sie hiedeln, politisch zusammenzufassen zu wollen, das ist und bleibt eine Utopie. Was von einem Volke außerhalb der Staatsgrenzen lebt, muß durch andere Mittel mit dem Volkstum verbunden bleiben.

Diese Aufgabe gilt auch für das Deutschtum. Albrecht Dürer glaubt in seiner deutschen Geschichte die Gesamtheit aller Deutschen auf der Erde mit höchstens 35 Millionen berechnen zu dürfen. Die Zahl ist schwer genau festzustellen. Sie würde bedeuten, daß ungefähr zwei Drittel des Deutschtums im Deutschen Reich staatlich zusammengefaßt wären, während fast ein Drittel außerhalb der Reichsgrenzen existiert. Nun besteht die bearbeitete Hoffnung, daß die sechs Millionen Deutsche in Österreich auch politisch noch ihren Anstoß an das Reich finden. Man wird aber auch dann immer noch mit etwa 20 Millionen Deutschen außerhalb des Reiches rechnen dürfen. Von ihnen leben rund 4 1/2 Millionen in der Tschechoslowakei und über zweieinhalb Millionen in der Schweiz. Hier darf man wohl mit politischen Anstoßmöglichkeiten aus historischen und geographischen Gründen nicht rechnen. Wohl aber ist die räumliche Zersplitterung mit diesen nahe benachbarten Deutschen so leicht, daß auch die sprachliche und kulturelle Zusammengehörigkeit gefährdet erscheint. Diese aber wird mit der räumlichen Entfernung naturgemäß erschwert. Schon die zwei Millionen Deutsche in Polen wohnen nicht mehr in so kompakter Masse zusammen. Die 1 1/2 Millionen in Rußland, die eine Million in Rumänien und die 1 1/2 Millionen in Ungarn sind uns noch ferner gerückt. Eine besondere Rolle spielen natürlich die 1 1/2 Millionen in Ost-Asien. Räumlich uns nahe sind sie durch die politischen Ereignisse der letzten Menschener in schroffer Form von uns getrennt und mit mehr politischen Ressentiments gegen uns erfüllt worden. Endlich lebt noch eine sehr erhebliche Menge von Deutschen in den Vereinigten Staaten von Amerika, die ja zum Teil nach eigenen Eingangsbedingungen heftig Einwanderungsmaterial aus Deutschland erhalten haben, besonders mit den tapferen Vorkämpfern deutscher Einheit und Demokratie, die nach 1848 von einer brutalen Reaktion über Meer getrieben wurden. Aber die Zahl der Deutschen in den Vereinigten Staaten ist sehr schwer zu schätzen. Die Auffassungen schwanken in so weiten Grenzen, wie zwischen drei und zehn Millionen. Es erklärt sich das daraus, daß dieses Deutschtum in Amerika nicht nur besonders weit von der Heimat getrennt ist, sondern auch in dem hochstehenden angelsächsischen Kulturmilieu zu rascher Anpassung neigt. Kinder und Enkel der deutschen Einwanderer gehen verhältnismäßig schnell in die englische Sprachwelt über. Besser hält sich das Deutschtum in Südamerika, wo man auch noch einmal mit rund einer Million rechnen darf.

Man bereist leicht, wie unzureichend der Gedanke der „Weltbürgerschaft“ ist, wenn es gilt, Ausdehnung und Einfluß dieses weitverbreiteten Deutschtums zu erhalten. Aber auch mit der wirtschaftlichen Kraft, auf die sich heute gern so viele wie auf ein Mittelmeer verlassen, ist das Problem nicht zu lösen. Da gilt es vielmehr, auch die Kulturpolitik in das Bereich unserer auswärtigen Politik miteinzubeziehen und dafür zu sorgen, daß deutsches Volkstum in der Heimat wieder so hell aufleuchtet, daß kein Blick auch die abgelegenen Teile unseres Volkstums in weiten Fernen noch erreicht und angeht. Dann könnte aus kulturellem Zusammengehörigkeitsgefühl eine neue Stärkung des Deutschtums auf der Erde erwachsen.

Ende des „Schuldenkrieges“.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich London mit der an und für sich recht scharfen Antwort Washingtons auf die Schuldennote der englischen Regierung wohl oder übel zufriedengegeben. Offenbar hat also London eingesehen, daß es im Augenblick wenigstens nicht möglich sein wird, Amerika von der Notwendigkeit einer Neuordnung der Schuldenabkommen zu überzeugen. Was jetzt noch in der englischen Presse an Auslassungen über den „Schuldenkrieg“ zu finden ist, kann daher lediglich als „Rückzugsgeplänkel“ bezeichnet werden. Sichtlich bemühen sich die englischen Zeitungen, das Weilsche in diesem Zwischenfall in Vergessenheit geraten zu lassen. Die öffentliche Meinung wird mit dem Optimismus gepöbelt, daß im Gegensatz zur Mellon-Erklärung gewisse New Yorker Privat-Informationen dafür sprechen, daß spätestens in zwei Jahren die Schuldfrage, soweit Amerika in Betracht komme, endgültig von Grund aus geregelt werden würde. Wenn dieser Optimismus Londons auch wohl kaum in Washington „geteilt“ werden wird, so erklärt er doch seinen Zweck: die englische Öffentlichkeit beruhigt sich, womit die Angelegenheit vorüber-

Der Stillstand in der Locarnopolitik.

„Deutschlands Schuld“.

* London. (Telunion.) Englands Haltung bei den Rheinlandverhandlungen wurde heute dem Vertreter der Telegraphen-Union von offizieller Seite in der Weise umschrieben, daß nach erfolgter Auffassung die Voraussetzungen für die Räumungsverhandlungen heute denkbar ungünstig seien, da sich die an Locarno geknüpften Erwartungen nur teilweise erfüllt haben. Die Schuld hieran treffe nicht England und auch nicht Frankreich, sondern in der Hauptsache Deutschland. Während England alles getan habe, was man von ihm auf Grund der Locarnopolitik erwarten konnte, würde ein Blick auf die Liste der allierten Forderungen zeigen, wie wenig dagegen Deutschland bisher getan habe. Wohl sei nicht zu leugnen, daß der Wille des Ausländers in Deutschland gewachsen sei. Aber praktisch seien die deutschen Leistungen durchaus unbefriedigend gewesen. Die Forderungen werden hierbei als akutes frohes Beispiel angeführt. Nach englischer Ansicht sei es für Deutschland sehr leicht gewesen, diese Forderung in befriedigender und auch der Form nach höchstens die Gegenseite belastender Weise zu lösen. Man habe in der Vergangenheit aber schon häufig die Erfahrung machen müssen, daß deutsche Unterbefehlshaber Berichte nach Berlin gefandt hätten, die mit der tatsächlichen Lage nicht übereinstimmten. Ueber diese allgemeine Feststellung hinaus, wurde englischerseits darauf hingewiesen, daß England seine Besatzungsarmee auf 900 Mann herabzieht hätte. Eine weitere Herabsetzung sei nicht mög-

lich, weil sonst die unerläßliche Ausbildungsmöglichkeit für das Besatzungscontingent unterbunden werden würde. Gelien sei Englands Beispiel gefolgt. In der Besatzungsfrage könne Frankreich nach eigenem Ermessen handeln. England habe auf Frankreich keinerlei Einfluß. Vielmehr würden englische Vorbehalten in Paris bei der dort herrschenden Mentalität höchstens den Argwohn hervorgerufen, daß England für Deutschland Partei ergreife. Damit würden die Argumente für Frankreichs Sicherheit noch verstärkt werden und Frankreichs Haltung würde noch mehr verfestigt werden. Auch den Hinweis auf Dr. Stresemanns innere Schwierigkeiten läßt man an machenden englischen Stellen nicht gelten, sondern beantwortet ihn mit den gleichen Schwierigkeiten Briands. Die Rede Dr. Stresemanns, in der er die Demonstrationen der Wehrverbände als natürliche Reflex der Entwöhnung bezeichnet, hat in London nicht überaus gut und wird als für die innere Politik schädlich angesehen.

Die englische Auffassung in der Rheinlandfrage geht dahin, daß nicht die Alliierten, sondern Deutschland mit seinen Locarno-Konzeptionen im Rückstand sei. In Anbetracht der Ereignisse im fernem Osten und der wieder aufgewachten Schuldkonflikte in Amerika scheint man im übrigen in London in der Rheinlandfrage noch viel Zeit zu haben. Der Bericht des diplomatischen Korrespondenten des Daily Telegraph, nach dem in Paris eine Truppenüberziehung von 25 000 Mann erwogen werden würde, wird auch als den Tatsachen weit vorausgegriffen bezeichnet. In Paris sei der ganze Franco-Komplex nur ganz allgemein behandelt worden.

Chamberlain zur Politik in China.

* London, 9. Mai. Im Unterhaus gab der Staatssekretär des Neuere Chamberlain heute eine lange Erklärung über China ab. Er schilderte darin die seit Ablehnung der Note an Tschang plötzlich in der Lage eingetretene Veränderung und sagte u. a.: Die nationalistische Regierung in Peking hat ihre beherrschende Stellung verloren und ist gegenwärtig nicht weiter als ein Schatten. Die britische Regierung wäre vollumfänglich bereit gewesen, die britische Konzession in Peking wieder zu befestigen und das Abkommen als durch die eigene Handlungsweise der Peking-Regierung aufgehoben zu betrachten. Aber nach reiflicher Erwägung hat die britische Regierung beschlossen, diesen Schritt gegenwärtig nicht zu tun, und sie hofft, daß sie auch nicht dazu gezwungen werden wird. Die britische Regierung war sogar nach einer solchen Herausforderung, wie sie ihr zuteil geworden ist, nicht gewillt, die Forderung aufzugeben, daß ihre fremdbürgerliche Politik nach einer Weile eine ebenso freundschaftliche Antwort einer chinesischen Regierung hervorgerufen werde, die von fremdem Einfluß frei und somit in der Lage sein würde, sich ausschließlich den Interessen des chinesischen Volkes zu widmen. Chamberlain erwiderte das Haus, diese Frage in großartiger Weise und im Hinblick auf die Zukunft zu erwägen, so wie es die Regierung getan habe. Die Regierung habe alle Tatsachen erwogen; sie habe die Zukunft nicht weniger als die Gegenwart in Betracht gezogen und sei zu der Entscheidung gekommen, daß es gegenwärtig nicht zweckmäßig wäre, wegen der Kantinger Verbrechen und der Nichterhaltung der Bedingungen des Peking-Abkommens Sanktionen zur Anwendung zu bringen, so sehr diese auch berechtigt wären. Er glaube, die anderen Regierungen seien aus ähnlichen Gründen zu der gleichen Schlussfolgerung gelangt. Unter diesen Umständen beabsichtige die britische Regierung nicht, eine weitere Note an Tschang zu richten. Sie habe hiervon die anderen Mächte benachrichtigt und hinzugefügt, daß die britische Regierung sich hinsichtlich der Zukunft und besonders bezüglich irgendwelcher weiterer Verbrechen, die etwa gegen die britische Flagge, britische Staatsgebäude und britisches Eigentum begangen würden, alle Handlungsfreiheit vorbehalte.

Neue Instruktionen für Kaufher.

an Berlin. Die letzten Verhandlungen des deutschen Botschaften in Warschau mit dem polnischen Außenminister in der Niederlassungsfrage haben wiederum keine Fortschritte ergeben. Der Botschafter Kaufher wird in den nächsten Tagen in Berlin einreisen, um im Reichskabinett Bericht zu erstatten und gleichzeitig neue Instruktionen entgegen zu nehmen. Die deutsch-polnischen Verhandlungen entgehen aus dem Grunde wieder einer Erörterung erfahren, weil anscheinend auf Anweisung der Warschauer Regierungskreise, in Oberbesien ein neuer Kampf gegen die deutsche Schule eingeleitet worden ist. Es befindet sich, daß nach der völligen Entlassung von sieben akademischen Lehrkräften an den öffentlichen höheren Lehranstalten in Königsberg jetzt auch in Katowitz ähnliche Maßnahmen von polnischer Seite ergriffen worden sind. Die schließliche Polmoschaft hat den Magistrat der Stadt Katowitz beauftragt, die drei deutschen Lehrkräfte an der hiesigen Winderbeite-Oberrealschule und am hiesigen Mädchenschule zu kündigen. Wie wir erfahren, wird jetzt eine Abordnung des Elternausschusses der betroffenen Königsberger und Katowitzer Anstalten beim Präsidenten Galonder vorkellend werden.

Angeht die Sabotierung des Genfer Schulkompromisses durch die polnische Regierung ist eine neue Spannung

in den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Niederlassungsfrage unvermeidlich.

Mussolini will Verständigung.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so steht das endgültige Fortdauern der noch bestehenden italienisch-südslawischen Meinungsverschiedenheiten nahe bevor. Die Großmächte, die seit Beginn des Konfliktes zwischen Rom und Belgrad vermittelnd eingegriffen sich bestreben, begnügen sich offenbar nicht nur mit der Beilegung der akuten Krise, sie versuchen auch, den tieferen Ursachen dieser Balkan-Spannung an den Leib zu gehen. Ihre Demarche scheint nun auch in Rom von Erfolg gekrönt zu sein. Wenn Mussolini sich nunmehr bereit erklärt, den Befehlenden Belgrads offiziell zu empfangen, so heißt das mit anderen Worten, daß er ihm einen Kompromißvorschlag zu übermitteln gedenkt. Inzwischen erklärt man auch etwas Näheres über den Inhalt des Kompromisses: Belgrad ratifiziert die Rettungs-Verträge. Italien dagegen gibt die Versicherung ab, die anti-südslawische Propaganda einzustellen. Endlich übermittelt Mussolini an die Belgrader Regierung einen Brief, in dem Italien seine ihm aus dem Vertrag von Tirana auferlegte Aufgabe darin sieht, zwar die Selbstständigkeit des albanischen Staates zu sichern, was aber keinesfalls gleichzusetzen wäre mit einem Schutz des gegenwärtigen Regimes in Albanien. Sowohl die römische als auch die Belgrader Presse versichert, daß die beiden Regierungen sich bereits auf diesem Mittelweg geeinigt hätten. Im Interesse des Weltfriedens wäre diese Regelung in der Tat aufs höchste zu begrüßen.

Der Bericht Barker Gilberts für April 1927.

* Berlin. Das Bureau des Generalagenten für Reparationszahlungen veröffentlicht eine Uebersicht über die Einnahmen und Zahlungen im dritten Annuitätensjahr bis zum 30. April 1927. Danach betragen die Einnahmen im April: 215 175 806 Goldmark (vom 1. September bis zum 30. April 1927 874 344 941 Goldmark). Der Ruffenbestand am 31. August 1926 betrug 93 626 075 Goldmark, der Gesamtbestand also 987 971 016 Goldmark. Die Zahlungen betragen insgesamt im April 205 208 682 Goldmark (828 344 594 Goldmark). Davon wurden gezahlt an die Mächte im April 195 715 586 Goldmark (756 820 012 Goldmark), für den Dienst der deutschen Auslandsanleihe 1924 im April 7 728 789 Goldmark (59 150 507 Goldmark), für das Bureau für Reparationszahlungen im April 308 863 Goldmark (2 322 752 Goldmark), für die Interalliierte Rheinlandkommission im April 215 691 Goldmark (1 952 007 Goldmark). Von den Zahlungen an die Mächte kamen auf das Konto Besatzungskosten im April 48 680 532 Goldmark (362 148 195 Goldmark), auf Lieferungen nach Uebereinkommen im April 4 529 658 Goldmark (29 738 875 Goldmark) und auf Zahlungen aus dem Reparationsvertrag im April 27 753 616 Goldmark (185 832 894 Goldmark).

Zyklontatropfen in den Vereinigten Staaten.

New York. (Frankfurt.) Ein Zyklon zerstörte gestern abend fast alle Gebäude im Geschäftsviertel von Waplar Bluff (Missouri). Rund 100 Personen wurden getötet und 250 verletzt. Der Sachschaden wird auf mehr als 1 Million Dollar geschätzt. Die Stadt war infolge des Unterbrechens der Stromversorgung ganz in Dunkelheit gehüllt.